

**Im Folgenden können Sie einen
Gastkommentar von Frau Dr. Herta
Herglotz lesen, der in der „Wiener
Zeitung“ am 7. Oktober 2009
erschienen ist:**



**“Frauenpolitik heute”
oder
“Frauenpolitik ist auch
Familienpolitik”**

Frauenpolitik ist ursächlich auch Familienpolitik, weil Frauen auch Mütter sein können.

Den Frauen stehen alle Berufe offen und die Frauen folgen gern diesem Angebot, gibt es ihnen doch ökonomische Eigenständigkeit. Auch für den Staat ist es von Vorteil, denn die Frauen bringen zusammen mit den Männern zusätzliche Erwerbstätige.

Die Frauen passen gut in die von Männern und für Männer errichtete Arbeitswelt.

Problematisch wird es nur, wenn sie Mütter werden. Viele Frauen hängen so an ihrem Beruf, dass sie das Muttersein zugunsten des Berufes zurückstecken. Der Staat stellt für ihre Kinder Kinderbetreuungseinrichtungen bereit und fordert die Väter auf, sich auch in die Familienarbeit einzubringen.

Die demographische Entwicklung zeigt uns, dass alle diese Bemühungen uns nicht die gewünschten und für unseren Bestand notwendigen Kinder bringen, und zwar 2,1 Kind pro Frau, d.h. jeder Frau.

Wir brauchen zusätzliche Erwerbstätige, schon wegen des Generationenvertrages. Durch unsere demographische Entwicklung droht der Generationenvertrag

zusammenzubrechen. Wir haben zu wenig Erwerbstätige, die für die Pensionen der älteren Generation aufkommen und zu wenig Nachkommen, um das Gleichgewicht zwischen Jung und Alt herzustellen. Die ausschließliche Orientierung auf außerhäusige Berufstätigkeit reicht nicht. Die Mütter der Alleinverdiener- und Mehrkinderfamilien, die sich im Einverständnis mit ihren Männern entschlossen haben, ihre Kinder selbst zu betreuen und den Haushalt und den Familienbetrieb zu führen, leisten unbezahlte Arbeit. Wird diese ihre Arbeit als “Arbeitsplatz in der Familie” anerkannt, verschafft sie uns neue Erwerbstätige. Die Investition zur Sicherstellung der Familien bedeutet auch für den Staat ein stabiles Fundament. Die derzeit berufstätigen Eltern profitieren ebenso davon, denn wenn einer von ihnen seinen/ihren Job verliert, kann er/sie den Arbeitsplatz in der Familie übernehmen, statt Arbeitslose zu beziehen.

Der Arbeitsplatz in der Familie kurbelt den Konsum an. Er bedeutet weniger Arbeitslose und mehr Armutsbekämpfung. Er holt Mütter aus ihrer Armut und der ihrer Familie und sichert ihnen eine angemessene Pension. Er steht den Eltern zur Wahl, adäquat zu den öffentlichen Kinderbetreuungseinrichtungen (Krippe, Kindergärten, Horte) und bietet den Frauen wegen der größeren Auswahl keinen Anlass zu Konkurrenz. Ein Wiedereinstieg in den alten oder einen anderen Beruf muss gewährleistet sein.

Die Entscheidungsträger in unserem Staat sind aufgerufen, sich mit der Einrichtung dieses Arbeitsplatzes zu befassen und die nötigen Berechnungen anzustellen, so dass sich auch die bisher nicht integrierten Mütter als gleichberechtigte Mitbürgerinnen am Arbeitsmarkt beteiligen können.

Eine Reform verlangt ein Umdenken und Mut. Die ungeheure Schuldenlast des Staates, die große Arbeitslosigkeit, die zunehmende Armut sind eine erdrückende Last für die junge Generation. Es gilt, neue Weichen zu stellen. Wo ein Wille, da ein Weg.

*Dr. Herta Herglotz
Ehrenpräsidentin der Österreichischen
Hausfrauen-Union
<herta.herglotz@inode.at>*